

Antrag 19/II/2023**KDV Pankow****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Für eine angemessene Mindestlohnerhöhung!**

1 Wir begrüßen, dass der Parteivorstand angekündigt hat,
 2 sich für eine weitere Erhöhung des Mindestlohnes gemäß
 3 der Mindestlohn-Richtlinie der Europäischen Union ein-
 4 zusetzen. Als resultierender Wert werden demnach nach
 5 aktuellem Stand häufig 14 Euro genannt. Allerdings fin-
 6 det in diesem Rahmen eine Inflationsanpassung keinen
 7 Platz, was für die Kaufkraftsicherung der mindestlohn-
 8 beziehenden Menschen jedoch enorm wichtig ist.

9
 10 Daher fordern wir von den sozialdemokratischen Mitglie-
 11 dern der Bundesregierung, insbesondere vom sozialde-
 12 mokratischen Bundeskanzler sowie dem sozialdemokrati-
 13 schen Bundesminister für Arbeit und Soziales und der ge-
 14 samten SPD-Bundestagsfraktion sich für eine weitere Er-
 15 höhung des Mindestlohnes per Rechtsverordnung auf 15
 16 Euro zum 01.01.2024 einzusetzen

17

Begründung

18 Am 26.06.2023 hat die Mindestlohnkommission ihren
 19 Vorschlag veröffentlicht, in welchem Maß der Mindest-
 20 lohn für die Jahre 2024 und 2025 steigen soll. Die Mindest-
 21 lohnkommission schlägt demnach vor, dass der Mindest-
 22 lohn zum 01.01.2024 auf 12,41 Euro steigen, wonach zum
 23 01.01.2025 eine Erhöhung auf 12,82 Euro folgen soll. Die-
 24 sen Vorschlag empfinden wir als beschämend. Dieser Be-
 25 schluss erfolgte dabei das erste Mal nicht im Konsens, da
 26 die Vertreter:innen der Arbeitnehmer:innen und beson-
 27 ders die Gewerkschaften diesem Beschluss nicht zustim-
 28 men konnten.

29

30
 31 In Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine
 32 kam es in nahezu allen Lebensbereichen zu massiven
 33 Preissteigerungen und zu hohen Inflationsraten. Dabei
 34 ist allseits bekannt, dass die Inflation insbesondere Men-
 35 schen mit geringen Einkommen am härtesten trifft, da
 36 diese bereits vor den Preissteigerungen enorm auf ihre
 37 Ausgaben achten mussten und keine Rücklagen aufbau-
 38 en konnten.

39

40 Aktuell beziehen ca. sechs Millionen Menschen den Min-
 41 destlohn. Die Erhöhung um 41 Cent würde für diese Men-
 42 schen eine Lohnerhöhung von lediglich 3,4 Prozent bedeu-
 43 ten. Bei Inflationsraten, insbesondere in grundlegenden
 44 Lebensbereichen, von über 10 Prozent führt dies zu mas-
 45 siven Reallohnverlusten. Das dürfen wir als SPD nicht ein-
 46 fach hinnehmen!

47

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Für einen angemessenen Mindestlohn!**

Wir begrüßen, dass der Parteivorstand angekündigt hat,
 sich für eine weitere Erhöhung des Mindestlohnes einzu-
 setzen und die Mindestlohn-Richtlinie der Europäischen
 Union zum Maßstab nimmt. Damit kommen wir bereits
 über 14€. Die Mindestlohnkommission ist ihrer gesell-
 schaftlichen Aufgabe und herausragenden Stellung nicht
 gerecht geworden.

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitgliedern der
 Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf die
 Mindestlohnkommission, bzw. die gesetzlichen Grundla-
 gen für diese, grundsätzlich und effektiv zu reformieren.

Begründung

Am 26.06.2023 hat die Mindestlohnkommission ihren
 Vorschlag veröffentlicht, in welchem Maß der Mindest-
 lohn für die Jahre 2024 und 2025 steigen soll. Die Mindest-
 lohnkommission schlägt demnach vor, dass der Mindest-
 lohn zum 01.01.2024 auf 12,41 Euro steigen, wonach zum
 01.01.2025 eine Erhöhung auf 12,82 Euro folgen soll. Die-
 sen Vorschlag empfinden wir als beschämend. Dieser Be-
 schluss erfolgte dabei das erste Mal nicht im Konsens, da
 die Vertreter:innen der Arbeitnehmer:innen und beson-
 ders die Gewerkschaften diesem Beschluss nicht zustim-
 men konnten.

Die Mindestlohnkommission ist damit ihrer wichtigen
 Stellung und Aufgabe nicht gerecht geworden. Der Bun-
 desarbeitsminister kann die Vorschläge der Mindestlohn-
 kommission lediglich annehmen oder ablehnen.

In der Konsequenz müssen die gesetzlichen Grundlagen
 der Mindestlohnkommission grundsätzlich geändert und
 damit verbessert werden.

In Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine
 kam es in nahezu allen Lebensbereichen zu massiven
 Preissteigerungen und zu hohen Inflationsraten. Dabei
 ist allseits bekannt, dass die Inflation insbesondere Men-
 schen mit geringen Einkommen am härtesten trifft, da
 diese bereits vor den Preissteigerungen enorm auf ihre
 Ausgaben achten mussten und keine Rücklagen aufbauen
 konnten. Aktuell beziehen ca. sechs Millionen Menschen
 den Mindestlohn. Die Erhöhung um 41 Cent würde für
 diese Menschen eine Lohnerhöhung von lediglich 3,4 Pro-
 zent bedeuten. Bei Inflationsraten, insbesondere in grund-
 legenden Lebensbereichen, von über 10 Prozent führt dies
 zu massiven Reallohnverlusten. Das dürfen wir als SPD
 nicht einfach hinnehmen! Die Mindestlohn-Richtlinie der

48 Die Mindestlohn-Richtlinie der Europäischen Union emp-
49 fieht bei der Berechnung angemessener, armutsfester
50 Mindestlöhne, den Medianlohn als Referenzwert zu Grun-
51 de zu legen. Dabei ergeben 60 Prozent dieses Medianloh-
52 nes einen armutsfesten Mindestlohn, was laut den Ge-
53 werkschaften, einen Mindestlohn von 14 Euro bedeuten
54 würde.

55

56 Allerdings müssen wir vor dem Hintergrund der enorm
57 hohen Inflation eine angemessene Anpassung vorneh-
58 men, um Kaufkraftverlusten bei den betroffenen Men-
59 schen vorzubeugen. Aus diesem Grund gehen wir wei-
60 ter und fordern einen Mindestlohn von 15 Euro, damit je-
61 de:r Beschäftigte:r angemessen von ihrem:seinem Gehalt
62 bzw. Lohn leben kann. Denn die SPD muss zu jeder Zeit für
63 gerechte Arbeitsbedingungen und Respekt für die Arbeit
64 stehen.

Europäischen Union empfiehlt bei der Berechnung ange-
messener, armutsfester Mindestlöhne, den Medianlohn
als Referenzwert zu Grunde zu legen. Dabei ergeben 60
Prozent dieses Medianlohnes einen armutsfesten Min-
destlohn, was laut den Gewerkschaften, einen Mindest-
lohn von 14 Euro bedeuten würde. Aus diesem Grund ge-
hen wir weiter und fordern einen Mindestlohn von 15 Eu-
ro, damit jede:r Beschäftigte:r angemessen von ihrem:sei-
nem Gehalt bzw. Lohn leben kann. Denn die SPD muss zu
jeder Zeit für gerechte Arbeitsbedingungen und Respekt
für die Arbeit stehen
Zielrichtung der Reform sollte klarer benannt werden.